

ZUR WESTDEUTSCHEN BEVÖLKERUNGSSITUATION

Haben wir einen Facharbeitermangel zu erwarten?

I.

In den letzten Monaten häufen sich Prognosen, die besagen, daß wir in absehbarer Zeit vor einem katastrophalen Facharbeitermangel stehen werden. Es wird deshalb überall gegen die Auswanderung von Fachkräften und jungen Menschen Stellung genommen. Die Begründungen erscheinen auf den ersten Blick, vor allem vom Nationalstandpunkt aus, recht einleuchtend: Die Welt ruft im Zeichen der Hochkonjunktur wieder einmal nach Arbeitskräften. Man besinnt sich darauf, daß es im überbevölkerten Westdeutschland weit über eine Million Dauerarbeitslose gibt, die auch in absehbarer Zeit nicht untergebracht werden können, weil die im Rahmen einer Strukturpolitik notwendigen, gelenkten Milliardeninvestitionen in der gegebenen Wirtschaftsordnung einfach nicht möglich sind. So bereisen seit einiger Zeit Kommissionen aus den USA, Kanada, Australien, Südafrika und Schweden das Land mit dem Ziel, gesunde, leistungsfähige Menschen junger und mittlerer Jahrgänge für die Auswanderung auszusuchen. Da zumeist auch hohe Anforderungen an die berufliche Ausbildung gestellt werden, pickt man uns also — so polemisiert man weiter — gewissermaßen die Rosinen aus dem Bevölkerungskuchen. Natürlich geben wir gern einige tausend junge Menschen ab, heißt es dann, aber der Weggang junger, qualifizierter Kräfte bedeute doch für unsere Volkswirtschaft einen schweren Verlust, der zusammen mit der ab 1956 stark absinkenden Zahl der Schulentlassenen ohne Zweifel zu einem katastrophalen Facharbeitermangel führen müsse¹).

Zu diesen Stellungnahmen und Prognosen ist manches zu sagen. *Erstens* bitten wir das Ausland seit 1945 ununterbrochen, deutsche Auswanderer aufzunehmen, und können doch nun wirklich nicht verlangen, daß man ausschließlich die Menschen abnimmt, die wir gern los sein möchten. *Zweitens* beträgt die Zahl der seit Kriegsende ausgewanderten Deutschen nur einen Bruchteil des natürlichen (Geburten-) und Wanderungszuwachses (einschließlich der rund 100 000 „Illegalen“). *Drittens* muß man vor jeder einseitigen Stellungnahme die Gründe untersuchen, die tüchtige und fleißige Deutsche veranlassen, der Heimat vorübergehend oder dauernd den Rücken zu kehren. Zu 95 vH wird man feststellen: Arbeitslosigkeit, erbärmliche Wohnverhältnisse, niedriger Lebensstandard, düstere Zukunftsaussichten u. ä. *Viertens* ist auch in den kommenden Jahren keinesfalls zu erwarten, daß die Auswanderung auch nur den jeweiligen Wanderungsgewinn erreicht oder gar überschreitet, der sich aus der Aufnahme weiterer Ostvertriebener und Ostzonenflüchtlinge in die Bundesrepublik ergibt. Allein im 3. Quartal 1950 betrug der Wanderungsgewinn aus der Ostzone 57 761, aus West-Berlin 7027, zusammen also rund 65 000 Personen, wobei sowohl die Alters- wie die Geschlechtergliederung im Hinblick auf die Erwerbsfähigkeit sehr viel günstiger als der Bundes-Durchschnitt lag. Nach West-Berlin wiederum strömen ununterbrochen viel mehr Menschen aus der Ostzone ein als nach dem Bundesgebiet abziehen. Die Abwanderung nach der Ostzone macht nur etwa 10 vH der Zuwanderung aus. *Fünftens* fliegen doch diese deutschen Auswanderer nicht nach einem fernen Planeten, sondern bleiben auf der Mutter Erde und tragen zur Stärkung der westeuropäischen und gesamt-westlichen Po-

¹) Vgl.: Grote-Missmahl, Massenauswanderung oder deutsche Wanderarbeit? (GM 8/50, S. 365 ff.)
Paul Haupt, Auslandsarbeit und Auswanderung (GM 4/51, S. 206 ff.).

sition bei; dies vielleicht in stärkerem Maße, als es ihnen im Heimatland, das sie doch nicht recht einzugliedern vermochte, je möglich sein würde. *Sechstens* kommen noch immer Heimkehrer und weitere Ostvertriebene nach der Bundesrepublik, und schließlich liegt der Geburtenüberschuß nur wenig unter 300 000 im Jahr. *Der Bevölkerungsdruck mit all seinen schweren, nur durch gewaltigen Kapitaleinsatz zu lösenden Problemen wächst unablässig!*

Bevor wir den Teufel an die Wand malen und von Facharbeitermangel verursachender Auswanderung oder gar „drohendem Volkstod“ sprechen, sollten wir, auch wenn es mühevoll ist, die zur Verfügung stehende Materialfülle des Statistischen Bundesamtes und des Bundesarbeitsministeriums durcharbeiten. Vor zwanzig Jahren erging man sich auch, zumeist ohne tiefere Kenntnis der Tatsachen, ständig und überall in Schlagworten wie „Volkssubstanzverlust“, „biologischer Selbstmord“ usw., um wenig später den größten biologischen Selbstmord der Geschichte, den zweiten Weltkrieg, zu entfesseln.

Es ist doch heute so, daß der Anteil der Facharbeiter (der Begriff ist weitgespannt zu verstehen und schließt auch das weibliche Geschlecht ein) an der Gesamtarbeitslosigkeit sehr groß ist. In fast allen, sogar den Bauberufen, sind erhebliche Arbeitskraftreserven vorhanden, die sich im Zuge der saisonbedingten und konjunkturellen Schwankungen vergrößern oder verkleinern, ohne jemals ganz zu verschwinden²⁾.

Wenn hier und da seit Herbst vorigen Jahres Facharbeiter-Engpässe auftreten, spricht das nicht gerade für die Vorausplanung der Stellen, die sich darüber beklagen. So fordern wir seit Jahren die Aufhebung der Schiffbaubeschränkungen, der Begrenzung der Stahlproduktion, vieler Erzeugungsverbote in der Großchemie und haben auf der Kapitalseite offensichtlich alles vorbereitet, um endlich neu beginnen zu können. Aber auf der entscheidenden, der Menschenseite, haben wir — ebenso wie im Bergbau — anscheinend nicht die Maßnahmen getroffen, die nun einmal langfristig geplant werden müssen: die *Arbeitskraft- und Berufsausbildungslenkung*. Diese Versäumnisse sind es nämlich, die eine gewisse, zumeist stark übertrieben dargestellte Facharbeiterknappheit verursachen und auch in Zukunft verursachen können.

II.

Nach den Erhebungen des Bundesarbeitsministeriums stellt sich das Durchschnittsalter wie folgt:³⁾

Erhebungsjahr	Durchschnittsalter in Jahren		
	Männer	Frauen	
1907	32,04	28,38	} Arbeiter
1925	32,81	28,32	
1938	35,37	28,32	} Arbeiter und Angestellte
1950	37,34	31,01	

Das Durchschnittsalter der erwerbstätigen Bevölkerung erscheint relativ geringfügig erhöht, wenn man die beträchtliche Heraufsetzung der mittleren Lebenserwartung seit 1907 sowie die erheblichen Verluste an jungen Menschen im letzten Krieg berücksichtigt. Natürlich läßt die Zusammenstellung keine Folgerungen allgemeiner Art zu, denn in den verschiedenen Berufen finden wir eine sehr unterschiedliche Altersstruktur vor.

Wenn man da oder dort ein starkes Überwiegen der älteren Jahrgänge feststellt, ist zunächst zu prüfen, ob es sich um einen stagnierenden oder sterbenden

2) Vgl.: Die Arbeiter und Angestellten nach Beruf und Alter sowie die Lehrlingshaltung in der Bundesrepublik Deutschland am 31. Okt. 1950 (Bundesministerium f. Arbeit, Bonn), S. 15 ff.

3) a.a.O., S. 23.

Beruf handelt. Außerdem werden viele Spezialarbeiten naturgemäß von älteren, erfahrenen Leuten ausgeführt, die aus anderen Tätigkeiten gewissermaßen emporwachsen. So stellt z. B. das Handwerk seit je einen wesentlichen Teil der Industriespezialisten. Bei anderen Berufen verrät die auf den ersten Blick ungünstig erscheinende Altersstruktur, daß sich Rationalisierungsmaßnahmen auszuwirken beginnen. (Beispiel: Solinger Schneidwarenindustrie). Auch zumftmäßige Nachwuchsbegrenzungstendenzen dürfen wir nicht übersehen, die gerade bei Spezialisten oft zu finden sind und neben dem natürlichen Wert der Arbeitskraft einen Seltenheitswert schaffen sollen.

Ferner müssen wir daran denken, daß im Zuge der Auflösung der Arbeitsprozesse in Teilfunktionen relativ alte Arbeitskräfte, aber auch mehr Frauen sowie un- und angelernte Leute Beschäftigung finden können.

Schließlich wäre es doch vom menschlichen und sozialen Standpunkt aus besser, nicht zu sehr auf dem Begriff der Überalterung zu verharren, sondern dafür zu sorgen, daß gerade unseren alten Kollegen der Arbeitsplatz erhalten bleibt, den sie ausfüllen können. Wir sind doch keine Eskimos, die ihre Alten aufs Eis schicken. Auch hier stellt sich das Problem gar nicht so unlösbar dar, wie es *Haupt* in seinem erwähnten Aufsatz erscheint. ⁴⁾

Die voraussichtliche Geschlechts- und Altersgliederung der Bevölkerung im Bundesgebiet Ende 1959 im Vergleich zu 1949 ⁵⁾

Altersgruppen	Ende 1959			Ende 1949			Ende 1959		
	insg. männl.		weibl.	insg. männl.		weibl.	insg. männl.		weibl.
	in Millionen								
							1949 = 100		
unter 14 Jahre	9,9	5,0	4,9	10,4	5,3	5,1	95	95	95
14 bis unter 20 Jahre	4,3	2,2	2,1	4,2	2,1	2,1	102	102	102
20 bis unter 40 Jahre	15,1	7,4	7,7	13,4	6,0	7,4	113	123	104
40 bis unter 65 Jahre	16,4	7,4	9,0	15,7	7,3	8,4	105	103	107
65 und mehr Jahre	5,3	2,3	3,0	4,3	2,0	2,3	125	116	133
insgesamt:	51,0	24,3	26,7	48,0	22,7	25,3	106	107	105

Hier ist besonders zu beachten, daß sich die Zahl der 20- bis 40jährigen um 1,7 Million und die der 40- bis 65jährigen um 700 000 erhöht. Die um 100 000 höhere Zahl der 14- bis 20jährigen beweist, daß es auch 1959 keinen Mangel an Nachwuchs geben wird. Viele der 1959 über 65jährigen werden sicherlich, soweit sie gesund sind, gern weiterarbeiten, wenn man ihnen die Möglichkeit gibt. Neuere Forschungen haben erwiesen, daß die plötzliche Verurteilung zur Beschäftigungslosigkeit gerade bei arbeitsamen alten Menschen gesundheitsschädlich wirkt. Es dürfte nicht schwierig sein, die Sozialgesetzgebung (ähnlich wie in England) so zu ändern, daß ein Anreiz besteht, länger tätig zu bleiben. Heute züchten wir ja geradezu Rentner und Pensionäre, oft wider den Willen der Betroffenen.

Wenn man die Quote der freiwillig zusätzlich Weiterarbeitenden auf 10 vH. der Gesamtzahl schätzt (1959), bedeutet das eine erhebliche Entlastung. Hauptsache ist jedoch, daß die heute über 45jährigen bald restlos Arbeit erhalten, damit sie der Beschäftigung nicht ganz und gar entwöhnt werden und zur Sozialversicherung beitragen können.

Der Jugend ist mit Hinweisen auf den drohenden Facharbeitermangel und die deshalb schädliche Auswanderung am allerwenigsten gedient. Unter der

4) Vgl. GM 1951 S. 209.

5) Quelle: Wirtschaft u. Statistik, I. Jahrg. N. F., Heft 11, Febr. 1950.

die Millionengrenze weit übersteigenden Zahl der Dauerarbeitslosen befinden sich bereits heute einige hunderttausend Jugendliche. Sie warten zumeist schon sehr lange auf eine Lehr-, Anlern- oder Arbeitsstelle. Dabei haben wir den Höhepunkt der Jugendnot noch längst nicht erreicht, wie folgende Aufstellung

Geburts- jahrgang	Zahl der Schulabgänger ⁶⁾		Stärke der Jahrgänge ⁷⁾ in 1000		
	Entlassungs- jahr	in 1000	insges.	männlich	weiblich
1935	1949	625,3	795,9	400,9	395,0
1936	1950	655,8	818,1	410,6	407,5
1937	1951	708,3	832,4	425,9	406,5
1938	1952	819,3	876,6	447,0	429,6
1939	1953	882,0	925,1	473,9	451,2
1940	1954	883,4	934,1	485,1	449,0
1941	1955	850,0	438,6	411,4
1942	1956	703,9	361,5	342,4
1943	1957	710,1	358,5	351,6
1944	1958	700,8	356,8	344,0
1945	1959	515,0	264,1	250,9
1946	1960	614,2	315,9	298,3
1947	1961	674,3	347,8	326,5
1948	1962	689,9	358,0	331,9
1949	1963	736,4	385,6	350,8
1950	1964	514,4	266,0	248,4

Ziertmann erwähnt, daß die Zahl der Schulabgänger von anderen Stellen zum Teil um 10 vH. höher und darüber angegeben wird. Da die Schulstatistik, noch unvollständig ist, erscheint es daher richtiger, die Ergebnisse der Volkszählung zugrunde zu legen. Dabei spielt es keine Rolle, ob eine gewisse Anzahl 14jähriger wegen weiteren Schulbesuchs zunächst nicht auf dem Arbeitsmarkt erscheint. Dies bedeutet lediglich einen Aufschub. Ebenso ist in Zukunft eher eine Verstärkung der einzelnen Jahrgänge durch Zuzug zu erwarten, als eine Verminderung durch Familienauswanderung und Kindersterblichkeit.

Der Gipfel der Jugendberufsnot wird also erst 1954/55 erreicht sein. Aber auch 1956 bis 1958 werden die Schulabgänger nicht restlos von der Wirtschaft aufgenommen werden können, weil ein gewaltiger Überhang besteht. Es ist auch unerfindlich, wie immer wieder für die Jahre nach 1956 von 200 000 bis 300 000 Schulabgängern gesprochen werden kann. Selbst der Geburtsjahrgang 1945 (Schulentlassung 1959) ist mit 515 000 Kindern besetzt. Anscheinend betrachtet man bei den Höchstzahlen der Schulabgänger Jungen und Mädchen zusammen, ab 1956 aber nur die männliche Seite. So entsteht natürlich für den flüchtigen Leser — vor allem in der Tagespresse — ein völlig falsches Bild.

Der Jahrgang 1945 wird zwar nahezu restlos untergebracht werden können, jedoch dürfte der Überhang aus den vorhergehenden Jahren und der nächste, schon wieder um 100 000 Kinder stärkere Jahrgang 1946 keinen „Mangel an Jugendlichen“ aufkommen lassen. Die folgenden Jahrgänge sind noch stärker. Schließlich besteht immer die Möglichkeit und im Rahmen der allmählich praktisch werdenden Gleichberechtigung der Frau sogar die Verpflichtung, den weiblichen Schulentlassenen neue Berufe und Betätigungsmöglichkeiten zu erschließen.

Es kommt also darauf an, die Zahl der Lehrstellen unter allen Umständen und unter Bereitstellung öffentlicher Mittel zu erhöhen. Die im „Bundesjugend-

⁶⁾ Vgl. Prof. Ziertmann, „Die Gesamtsituation der 14. bis 18jährigen Jugend“, Bundesarbeitsblatt Jg. 51, Nr. 5, S. 198.

⁷⁾ Vgl. Wirtschaft u. Statistik, 3, Jg. N. F., Heft 2 (Föbr. 51), S. 129.

plan 1951“ dafür vorgesehenen Summen sind viel zu gering und stehen in keinem Verhältnis zum Ernst der Lage. Man sollte weniger über den künftigen Facharbeitermangel reden, sondern viel mehr Facharbeiter ausbilden. Wir sollten bei Betrachtung des Jugendproblems nie vergessen, daß es sich hier um Auswirkungen einer machtpolitisch orientierten Geburtenförderungs-politik handelt. Es gilt, hieraus die Lehren zu ziehen und daran zu denken, daß die Eltern die Verantwortung für die Zukunft ihrer Kinder tragen. Es ist leider nicht nur in Deutschland so, daß man sich um die Ungeborenen oft mehr sorgt als um die Lebenden. Dabei zeigt die Umwelt, daß es Staaten mit einer gewissen Knappheit an Kindern und Jugendlichen wesentlich besser geht als solchen, die von einem Kindersegen überflutet werden. Eine aus Verantwortungsbewußtsein geübte Zurückhaltung in der Kinderzeugung erkennen sogar heute beide Kirchen an, wobei sich lediglich Unterschiede in der Gut-heißung der Mittel ergeben.

Im Jahre 1844 hat die *Charta von Philadelphia* das Recht auf Auswanderung als wesentlichen Bestandteil des internationalen Arbeitsrechts verkündet. Im Dezember 1948 proklamierten die Vereinten Nationen feierlich die Freiheit der Auswanderung als ein Grundrecht aller Menschen. Die ohnehin nur geringe deutsche Auswanderung sollten wir im Interesse der betreffenden Menschen sowie der demokratischen Grundfreiheiten keinesfalls zu unterbinden versuchen. Nicht einmal eine Beeinflussung durch Appelle an das „deutsche Gewissen“ ist statthaft.

Auch noch so gutgemeinte Ratschläge sollten niemals die Form der Beeinflussung annehmen. Weitaus die meisten Auswanderer gehen ohne Illusionen in die Fremde. Dafür sorgen schon Presse und Literatur.⁸⁾ Auch sollten wir das Problem des „sozialen Gepäcks“ nicht überbetonen, wie es Haupt im erwähnten Aufsatz tun zu müssen glaubt. Seien wir uns doch klar darüber, daß ein recht erheblicher Teil der Personengruppen, die unsere „Soziallast“ bilden, gern arbeiten würde und auch noch geraume Zeit könnte, wenn genügend geeignete Arbeitsplätze zur Verfügung stünden. Dies gilt auch für den ungenannten Teil der Soziallast, für die Frauen, Kriegsbeschädigten und vorzeitig zu Rentnern gewordenen Personen, die zusammen mit den „durchgeschleppten“ Familienangehörigen eine millionenstarke „ruhende Arbeitskraftreserve“ darstellen. Dazu kommt die „werkende Arbeitskraftreserve“, wie wir die durch die so dringend notwendige Rationalisierung unseres gesamten Verwaltungs- und Verteilungsapparates sowie der Landwirtschaft⁹⁾ freiwerdenden Kräfte, die anderweitig eingesetzt werden können, nennen wollen.

Das Zeitalter der Massenauswanderungen ist ohnehin endgültig vorbei. Eine deutsche Auswanderung, selbst wenn sie sich in den nächsten Jahren erheblich verstärken sollte, wird immer nur einen Bruchteil der Bevölkerungszunahme ausmachen.

Betrachten wir einmal, wie sich die Bevölkerung des Bundesgebietes voraussichtlich entwickeln wird. (Vgl. Tabelle auf der nächsten Seite.)

Auffallend ist vor allem der Geburtenüberschuß von über 2,4 Millionen in einem Jahrzehnt. Damit sind die überaus pessimistischen Berechnungen des verstorbenen *Gustav Stolper*, der im Februar 1947 *Herbert Hoover* auf einer Deutschlandreise, die im Auftrag des amerikanischen Kongresses durchgeführt wurde, begleitete, endgültig widerlegt.¹⁰⁾ Ob der Wanderungssaldo, wie angegeben, zurückgehen wird, ist ungewiß. Diese Entwicklung hängt weitgehend

8) Vgl.: Karl Götz, *Auswandern?* Friedrich Vorwerk Verlag, Stuttgart 1951 (siehe Besprechung in GM 4/51, S. 222).

9) Vgl.: Wilhelm Niklas, *Sorgen um das tägliche Brot*. Agricola-Verlag, Hamburg 1951. 10) *Gustav Stolper, German Realities* (New York 1947).

Bevölkerungsschätzung für das Bundesgebiet bis 1960 (in 1000)¹¹⁾

Bevölkerung i. Bundesgebiet ohne Ausländer in Lagern zu Beginn des Jahres	Geburt- Übersch. (Veränderung im Laufe des Jahres)	Wandg.-Saldo (o. Ausl.) (Veränderung im Laufe des Jahres)	wie vorn (am Ende des Jahres)	Ausl. in Lagern *)	Gesamtbevölk. i. Bundesgebiet mit Ausländern in Lagern
1950 47 708	277	+ 390	48 375	230	48 605
1951 48 375	267	+ 230	48 872	180	49 052
1952 48 872	249	+ 120	49 241	140	49 381
1953 49 241	231	+ 40	49 512	100	49 612
1954 49 512	232	—	49 744	100	49 844
1955 49 744	234	—	49 978	100	50 078
1956 49 978	235	—	50 213	100	50 313
1957 50 213	236	—	50 449	100	50 549
1958 50 449	237	—	50 686	100	50 786
1959 50 686	239	—	50 925	100	51 025
	2437	+ 780			

*) Nach Auflösung der Lager sind diese Ausländer der übrigen Bevölkerung zuzurechnen.

von der Aufrechterhaltung des Sozialgefälles von West nach Ost ab. Die Bevölkerungszunahme von über drei Millionen in zehn Jahren wird uns viele zusätzliche Lasten auferlegen. Denken wir nur an den erhöhten Wohnungsbedarf, die notwendige Vergrößerung der Nahrungsmittel- und Rohstoffimporte, die zum Ausgleich der Außenhandelsbilanz erforderliche Exportsteigerung und die Bereitstellung neuer Arbeitsplätze.

Die Bundesrepublik ist überbevölkert; der Bevölkerungsdruck steigt unablässig. Eine große strukturbedingte Dauerarbeitslosigkeit und ein erheblicher Teil Auswanderungswilliger sind doch gerade kennzeichnend für eine Raumüberfüllung.¹²⁾ Hinweise, daß Holland, Belgien und Großbritannien noch dichter bevölkert und trotzdem nicht überbevölkert seien, übersehen, daß diese Staaten eine organische Entwicklung hinter sich haben und über große Außenbesitzungen verfügen. In Holland hat sich allerdings die Lage inzwischen gewandelt. Der Verlust fast aller Kolonien und der außerordentlich hohe Geburtenüberschuß haben zu einem starken Bevölkerungsdruck geführt.

Es erhebt sich die Frage, ob es für Deutschland und die Länder in ähnlicher Situation nicht richtiger wäre, die Vorbeugung der Heilung vorzuziehen, d. h. zumindest jede Art direkter und indirekter Geburtenförderung zu unterlassen, um nicht ständig dem Zwang unterworfen zu sein, immer neue Investitionen wegen des sogenannten natürlichen Bevölkerungswachstums vornehmen zu müssen. Wenn man schon von vornherein weiß — wie seit Jahrzehnten in Italien —, daß die „Aufzuchtkosten“ des überschüssigen Teils der Bevölkerung den Aufnahmeländern zugute kommen, sollte man die notwendigen Folgerungen ziehen.¹³⁾

Schließlich ist es nicht weltbewegend, ob die Bevölkerungszahl dieser oder jener Nation, also auch Deutschlands, in einigen Jahrzehnten durch Geburten-einschränkung stagniert. Wichtiger ist, daß man endlich von der Irrlehre der Quantität abgeht und entscheidendes Gewicht auf Qualität legt. Dies wird vielfach der einzige Weg sein, um die Lebensbedingungen auf die Dauer zu verbessern. Einige Zeit werden wir uns das noch überlegen können, bis eines Tages selbst der größte Optimist sieht, daß die ausgebeuteten, erschöpften Böden aller Kontinente die Menschheit zwingen, auch in Bevölkerungsfragen rationell zu denken.

11) Quelle: Wirtschaft u. Statistik, 1. Jg. N. F., Heft 11, Febr. 1950.

12) Vgl. Hans Schuster, *Überbevölkerung und Auswanderung*, Friedrich Trüben Verlag, Bremen 1951 (Bremer Ausschuß für Wirtschaftsforschung).

13) Europe's Emigration Needs in „The Economist“ vom 12. 5. 1951.